

# neuköllnisch

Mai/Juni 2020  
Linkes Informations-  
und Diskussionsblatt

→ [neukoellnisch.net](http://neukoellnisch.net)



## Danke heißt: Mehr Gehalt!

Klatschen reicht nicht. Es wird Zeit, wichtige Jobs  
entsprechend zu bezahlen. Nur gute Arbeitsbedingungen  
sind krisenfest. Kämpfen wir dafür!

Corona-Krise:

**Rettungsschirm für  
Menschen statt für  
Unternehmen**

Aus Betrieb und Gewerkschaft:

**»In den Krankenhäusern  
läuft nichts rund«**

**DIE LINKE.**  
Bezirksverband Neukölln

# Neues aus Neukölln



## Der Terror geht weiter: Nazi-Angriffe in Neukölln

«Kanake», Hakenkreuz, 88 und HH-Markierungen – diese Nazipropaganda wurde in der Nacht zum 24. April in Neukölln auf der Grenze zu Tempelhof auf zwei Autos geschmiert, eines davon ein Taxi. Beide Fahrzeuge gehörten Menschen mit Migrationsgeschichte. In kurzer Entfernung wurde weitere rassistische Hetze gefunden. Wieder ist das ein Schlag gegen migrantisches Leben und gesellschaftliche Vielfalt.

Seit den rechten Markierungen im Dezember 2019 in Nordneukölln haben in Neukölln eine Reihe von Angriffen auf Migrant\*innen stattgefunden. Mitte April wurden außerdem die Plakate der Opfer des rassistischen Terroranschlags in Hanau, die an der Sonnenallee Ecke Pannierstraße aufgehängt sind, mit schwarzen Kreuzen markiert. Diese Schändung zeigt einmal mehr, dass das Gedenken an die Opfer rechter Gewalt jeden Tag neu erkämpft werden muss. Umso wichtiger ist es, rechte Propaganda den Registerstellen wie bspw. dem Register Neukölln oder auch dem [Bündnis Neukölln] zu melden und zu dokumentieren. ◀ **Ferat Kocak**



leineoderbleibt.de – Bildrechte: Museum Neukölln

## Luftbrückenhaus gerettet

Nach zwei Monaten Aktivismus hatten die Bewohner\*innen des Wohnblocks Leine-/Oderstraße direkt neben dem Tempelhofer Feld Mitte April einen vorläufigen Erfolg. Durch ihre Proteste bewegten sie den Bezirk dazu, sein Vorkaufsrecht zu Gunsten der Genossenschaft Beamten-Wohnungs-Verein auszuüben. Ein Glück. Denn ursprünglich wurde das Haus an Pears Glo-

bal verkauft – eine Briefkastenfirma dreier Milliardäre aus England, die in Berlin Häuser kauft und Mieter\*innen verdrängt. Auch im Schillerkiez sorgt Pears für Probleme. So versucht die Immobilienfirma seit Längerem, das Syndikat rauszuschmeißen. Pears kann innerhalb des nächsten Monats noch Widerspruch einlegen. ◀

Weitere Informationen auf [leineoderbleibt.de](http://leineoderbleibt.de)

## Neuer Stolperstein verlegt

**Felix Loewy, ein jüdischer Tapezierer aus dem heutigen Gdańsk, war bereits krank als sie ihn holten. Als am 14. Juni 1938 der NS-Staat die Aktion »Arbeitsscheu Reich« (ASR) startete, war für Tausende nichts mehr wie zuvor. Loewy wurde verhaftet, ins KZ Buchenwald deportiert und starb dort 1940 im Krankenzimmer.**

ASR-Häftlinge galten als »asozial« und wurden im System der Konzentrationslager erst mit dem braunen, später mit dem schwarzen Winkel gebrandmarkt. Unser heutiger Begriff von »Asozialität« wurde maßgeblich von den Nazis geprägt. Verhaftet wurde, wem der Vorwurf galt sich nicht in die Gemeinschaft einzufügen oder seinen Beitrag zu leisten: zum Beispiel Männer, die zweimal ein Jobangebot ausschlugen oder ihre Arbeit nach kurzer Zeit aufgaben. Die Po-

lizei arbeitete für die Verhaftungen daher mit dem Arbeitsamt zusammen.

Zum Gedenken an Felix Loewy wird am 22. Mai 2020 um 14.05 Uhr vor dem Abgeordnetenbüro von Anne Helm und Niklas Schrader in der Schierker Straße 26, ein Stolperstein verlegt (unter Vorbehalt der dann geltenden Corona-Regelungen). In einer anschließenden Veranstaltung wird es um das Verständnis von »Deutscher Arbeit« im Nationalsozialismus gehen. ◀ **Maria Kanitz**





# Rettungsschirm für Menschen statt für Unternehmen

**In der Corona-Krise stehen auf einmal scheinbar unbegrenzt Gelder für Unternehmen und Selbstständige zur Verfügung. Alle finanzpolitischen Regeln des sparsamen Umgangs mit Steuergeldern sind außer Kraft, die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse ist ausgesetzt. Auf unvorstellbare über 1.000 Milliarden Euro addierten sich die Rettungsschirme der Bundesregierung. Dazu kommen die Hilfspakete der Länder.**

Im krassen Gegensatz dazu war in der Vergangenheit für arme Menschen fast nie Geld da. Dem Ziel der schwarzen Null wurde alles staatliche Handeln untergeordnet. Das zeigte beispielhaft erst vor wenigen Monaten die sogenannte Respekt-Rente: Menschen, die über 30 Jahre Beiträge in die Sozialversicherung eingezahlt haben, sollte eine Rente über dem Grundversicherungsniveau ermöglicht werden. Neoliberale Wirtschaftswissenschaftler und Arbeitgeberverbände machten dagegen mobil mit dem scheinheiligen Argument der »ungesicherten Finanzierung«. Jetzt verlangen die gleichen Protagonisten Milliardenhilfen und Steuersenkungen für Unternehmen. Dabei würde die Respekt-Rente gerade Menschen helfen, die während der Corona-Pandemie in besonders wichtigen Berufen wie der Altenpflege, als Lkw-Fahrer oder Verkäuferinnen tätig sind. Diese Arbeit ist zum größten Teil unterbezahlt. Dementsprechend niedrig sind dann auch die Renten.


Von den finanziellen Auswirkungen der Ausgangssperren und Kontaktbeschränkungen sind Menschen mit niedrigen Einkommen und im Transferbezug besonders betroffen.

fen. Die Tafeln mussten schließen. Aufgrund von Hamsterkäufen sind häufig preiswerte Waren ausverkauft. Derzeit steht Kindern aus armen Familien das kostenfreie Mittagessen in Kita und Schule nicht zur Verfügung. Viele Menschen erleiden aktuell drastische Einkommensverluste bis hin zum Totalausfall und sind auf staatliche Hilfen angewiesen.

Gleichzeitig werden die neuen Regelungen zum Schutz kleiner Unternehmen von den Konzernen gnadenlos ausgenutzt, um auch in der Krise weiter Profit zu machen. Damit gastronomische Betriebe und kleine Läden nicht infolge der Krise aufgeben müssen, können sie in dieser Zeit Mietzahlungen stunden. Aber wenn große und erfolgreiche Unternehmen wie Adidas, H&M und Deichmann erklären, dass sie in der Krise keine Mieten zahlen wollen, grenzt das an Missbrauch.

Ohnehin ist zu befürchten, dass die gigantischen Kosten der Krise auf Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen abgewälzt werden. Bei den riesigen Summen der Rettungsschirme von Bund und Ländern ist ein Anstieg der Inflationsrate und dadurch die Entwertung der Löhne und Einkommen

programmiert. Wegen der hohen Belastung der Haushalte wird es voraussichtlich weitreichenden Sozialabbau und Leistungskürzungen auf allen Ebenen geben.

Deshalb fordert DIE LINKE einen Rettungsschirm für die Menschen! Das Kurzarbeitergeld soll auf 90 Prozent des letzten Lohns angehoben werden. Transferbezieher\*innen sollen als Sofortmaßnahme einen Beitrag von 200 Euro zusätzlich erhalten. In systemrelevanten Berufen – etwa in der Pflege, in der Logistik und im Verkauf – sollen die Gehälter um 500 Euro angehoben werden. Das seit Jahren vor allem auf Profit orientierte deutsche Gesundheitssystem muss zu einem solidarischen Gesundheitswesen umgebaut werden, in das alle einzahlen und in dem alle gleich behandelt werden. Die Kosten der Krise und die daraus folgenden Maßnahmen sollen durch eine einmalige Vermögensabgabe von allen Reichen und Superreichen getragen werden. Auf Vermögen von über zwei Millionen Euro soll eine einmalige Abgabe von 5 Prozent erhoben werden. Damit kommen die Menschen in Neukölln, Berlin und Deutschland besser durch die Corona-Pandemie! 

programmiert. Wegen der hohen Belastung der Haushalte wird es voraussichtlich weitreichenden Sozialabbau und Leistungskürzungen auf allen Ebenen geben.

**Thomas Licher**, Fraktionsvorsitzender, Fraktion DIE LINKE Neukölln



Illustration: Robert Horn

## 200 Euro zusätzlich für alle Transferbezieher\*innen als Sofortmaßnahme

## Große Konzerne nutzen Regelungen zum Schutz kleiner Unternehmen schamlos aus

# Kaputtgesparte Krankenhäuser

**Den Arbeitgebern sind die Kosten für medizinische Versorgung ein Dorn im Auge. Denn Steuern und Krankenkassenbeiträge drücken die Profite der Wirtschaft. Seit Jahrzehnten werden die Krankenhäuser sukzessive kaputtgespart. Die Folgen spürt neben den Patient\*innen vor allem das Personal.**

Nicht einmal ein Jahr ist es her, dass die Bertelsmann-Stiftung gefordert hat, über die Hälfte der Klinik-Standorte in Deutschland zu schließen. Die Kapazitäten sollen nach den Vorstellungen der marktradikalen Politik-Influencer in weniger, dafür größeren Krankenhäusern zusammengezogen werden. So sollen leere Betten vermieden und die Versorgung effektiviert werden. Auch der SPD-Gesundheitspolitiker Lauterbach machte sich diese Forderung zueigen.

Auf die Einwohnerzahl gerechnet verfügt Deutschland über mehr als doppelt so viele Intensivbetten wie Italien. Diese angeblichen »Überkapazitäten« entpuppen sich in der Corona-Pandemie plötzlich als Segen. Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) lobt die Qualität des deutschen Gesundheitssystems und spielt sich als kompetenter Krisenmanager auf, was ihm definitiv nicht zusteht. Dass die Corona-Situation

die Krankenhäuser bisher nicht überfordert, liegt vor allem daran, dass viele Operationen und Eingriffe abgesagt oder aufgeschoben wurden. Zum Leidwesen der Betroffenen.

Spahn ist verantwortlich für das Chaos bei der Versorgung von Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeeinrichtungen mit Schutzkleidung. Sein Krisenmanagement ist ein Zeugnis des Scheiterns von Jahrzehnten neoliberaler Gesundheitspolitik. Die vergleichsweise hohe Zahl an Intensivbetten trägt. Einerseits wurden auch hier viele Kapazitäten abgebaut. Andererseits helfen Betten alleine auch nicht. Es fehlt Personal.


Gemeinsam mit Arbeitsminister Heil (SPD) hat Spahn daher die erlaubte maximale tägliche Arbeitszeit in systemrelevanten Jobs auf zwölf Stunden erhöht. Die gerade erst eingeführten Mindestpersonalstärken in den Krankenhäusern wurden gleich wieder ausgesetzt. Die Personaldecke ist viel zu dünn, um eine Krise wie die aktuelle zu bewältigen, ohne das Pflegepersonal systematisch zu überfordern.

Der Hauptgrund für die Misere der Krankenhäuser liegt in der Form ihrer Finanzierung. Unter der rot-grünen Bundesregierung wurde 2002 ein System eingeführt, wonach die Krankenhäuser Pauschalbeträge für jeden einzelnen Fall erhalten. Für die Behandlung eines


Armbruchs oder einer Blinddarm-Operation bekommt das Krankenhaus seither festgeschriebene Beträge, egal ob die Patient\*innen 90 oder 20 Jahre alt sind. Die Pauschalen legen auch einheitlich fest, wie lange Krankheit und Genesung dauern.

Dieses Fallpauschalen-System hat die Arbeitsweise der Krankenhäuser völlig verändert. Eingriffe, für die es hohe Pauschalbeträge gibt, werden bevorzugt durchgeführt, auch wenn sie medizinisch gar nicht notwendig sind. Patient\*innen werden entlassen, bevor sie genesen sind. Pflegepersonal wurde abgebaut. Ebenso Reinigungskräfte, mit erschreckenden Folgen für die hygienischen Bedingungen. Kleine private Kliniken haben sich auf lukrative Eingriffe spezialisiert und machen damit Gewinne.

So gehen die großen öffentlichen Krankenhäuser schon im Normalbetrieb auf dem Zahnfleisch. Ausnahmesituationen wie schwere Verkehrsunfälle, Naturkatastrophen, Seuchen oder andere Notlagen führen zwangsläufig zu Überlastungen. Die Konsequenzen müssen die Patient\*innen und das Personal tragen. Stress, Überstunden und Überlastung gehören zum Alltag.

Trotz der schwierigen Lage der Krankenhäuser macht Gesundheitsminister Spahn auch in der Corona-Krise keinerlei Anstalten, vom Fallpauschalen-System abzurücken und zu einer Vollfinanzierung des realen Bedarfs zurückzukehren. Die neoliberale Ideologie hat das Gesundheitssystem fest im Griff. 

**Georg Frankl**

 **Arbeiten bis zum Umfallen:** Spahn verordnet dem Krankenhauspersonal nun noch längere Schichten. Bild: DIE LINKE

**Die neoliberale Ideologie hat das Gesundheitssystem fest im Griff.**

**Gemeinsam mit Arbeitsminister Heil hat Spahn die erlaubte maximale tägliche Arbeitszeit in systemrelevanten Jobs auf zwölf Stunden erhöht.**



## COVID 19: Der Schutz der Beschäftigten und der Patient\*innen muss an erster Stelle stehen

Wir, die Beschäftigten von Charité und Vivantes und deren Tochterunternehmen, sichern mit unserer professionellen Arbeit die Gesundheitsversorgung der Stadt Berlin und stehen jetzt vor der riesigen Pandemie Herausforderung. Unser Gesundheitssystem wird mit Covid-19 vor eine Zerreißprobe gestellt. Wir alle werden noch enormer gefordert werden, um unsere Arbeit und die Patient\*innenversorgung sicher zu gewährleisten.

- Zentrale Forderungen zum Schutz der Beschäftigten und der Patient\*innen sind:
- Ausreichende Schutzkleidung für alle Beschäftigten.
  - Regelmäßige Testung der Beschäftigten.
  - Beschäftigte aus Risikogruppen müssen geschützt werden und sollten nicht in der Versorgung von infizierten Patient\*innen eingesetzt werden.
  - Sofortige Reaktionsstrategie für alle Beschäftigten und Maßnahmen gegen Belastungssituationen.

Wir, das sind die Beschäftigten aus Reinigung, Pflege, Labor, Therapie\*innen, Teilleistungsorgane, Transport, Handwerker\*innen, Medizintechnik, Auftritte und aus allen anderen Berufsgruppen.



Aus Betrieb und Gewerkschaft

# »In den Krankenhäusern läuft nichts rund«

↑ **4528 Unterschriften** haben die Krankenhaus-Beschäftigten in kurzer Zeit gesammelt. Bild: ver.di Berlin

**Zurzeit bekommen sie von allen Seiten Applaus. Doch den Pflegekräften in den Berliner Krankenhäusern reicht das nicht. Sie fordern vom Senat einen neuen Krankenhauspakt. Neuköllnisch hat mit dem Krankenpfleger David Wetzel gesprochen.**



David Wetzel (37) ist Mitglied der LINKEN in Neukölln und bei ver.di. Gemeinsam mit vielen Kolleg\*innen kämpft der Charité-Krankenpfleger für bessere Arbeits- und Versorgungsbedingungen in den Berliner Krankenhäusern.

**Wenn man dem Gesundheitsminister glauben darf, läuft in den Krankenhäusern alles rund. Wie ist die Situation wirklich?**

In den deutschen Krankenhäusern läuft nichts rund: hoher Arbeitsdruck in nahezu allen Berufsgruppen, eklatanter Personal-mangel und ein Fallpauschalensystem, welches mit würdevoller Daseinsvorsorge rein gar nichts zu tun hat. Und das ist die Bestandsaufnahme vor der Covid-19-Pandemie. Jetzt ist es zum Beispiel auf meiner Station so, dass die Schutzkleidung rationiert wird, also ein Mund-Nasenschutz pro Schicht. So können weder Patient\*innen noch Personal ausreichend geschützt werden.

**Gemeinsam mit vielen Kolleg\*innen forderst du einen neuen Krankenhauspakt. Was erwartet ihr vom Senat?**

Ausreichend Schutzkleidung für alle Beschäftigten aller Berufsgruppen zur Verfügung stellen. Wer besonders gefährdet ist,

muss gegebenenfalls in anderen Bereichen eingesetzt werden. Das Land Berlin muss zusichern, die anfallenden Krisenkosten in den landeseigenen Krankenhäusern zu übernehmen und Einsparungen zu verhindern. Wir wollen einen Belastungszuschlag von 500 Euro pro Pandemie-Monat für alle Krankenhausbeschäftigten. Die Tochterunternehmen von Charité und Vivantes müssen sofort eingegliedert und in den TVÖD überführt werden.

**Mitte April habt ihr Berliner Politiker zu einer virtuellen Versammlung eingeladen...**

Ende März hatten wir innerhalb von einer Woche an den Standorten von Charité und Vivantes mehr als 4.500 Unterschriften für unsere Forderungen gesammelt. Bei einer Videokonferenz mit 20 Abgeordneten und über 300 Kolleg\*innen haben wir diese Petition übergeben. Wir haben von unseren derzeitigen Arbeitsbedingungen berichtet und die Abgeordneten in die Pflicht genommen, unsere Forderungen nicht nur anzuhören, sondern auch umzusetzen.

**Wie haben die Politiker\*innen eure Forderungen aufgenommen?**

Die Forderungen wurden durch die Bank als angebracht angesehen und nicht infrage gestellt, insbesondere die breite Zustimmung an unserer Kritik des DRG-Systems war etwas überraschend. Trotzdem gilt: Messen werden wir die Politiker\*innen an ihrem Handeln.

**»Das Land Berlin muss zusichern, die anfallenden Krisenkosten in den landeseigenen Krankenhäusern zu übernehmen und Einsparungen zu verhindern.«**

**Für den Fall, dass die Politik nicht handelt, droht ihr mit Protesten. Wie könnte das in der Corona-Krise aussehen?**

Unser Vorteil ist: Wir können Krankenhausübergreifend und mit allen Berufsgruppen gemeinsam sprechen, was in normalen Tarifverhandlungen nicht möglich ist. Deshalb werden wir weiter zusammenstehen und unsere Rechte durchsetzen. Wir haben

viel Aufmerksamkeit und einen genauen Plan für die nächsten Wochen. Wir werden den Druck auf die Berliner Politik beständig erhöhen. Unsere Botschaft: Seht her, wir sind viele, wir werden mehr und wir sind unnachgiebig. Wir setzen Zeichen unserer Stärke mit Veröffentlichungen und Videos in traditionellen und sozi-

alen Medien und vielleicht ja schon bald mit der ein oder anderen Aktion in der Öffentlichkeit.

**Wie kann man euch jetzt unterstützen?**

Es gibt bereits einen Unterstützer\*innenkreis mit Leuten aus dem Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus, von den Kritischen Mediziner\*innen, von Fridays for Future Berlin und noch einige andere. Vor der Videokonferenz haben die beispielsweise auf allen Stationen angerufen, um nochmals auf den Termin aufmerksam zu machen. Das hat ganz gut Welle gemacht. Wer sich in den nächsten Wochen hier einbringen will, soll sich auf jeden Fall bei mir unter [davidwetzels@hotmail.de](mailto:davidwetzels@hotmail.de) melden.



Familien im Lockdown

## »Ich möchte wieder auf den Spielplatz«

**Rabea (30) wohnt mit ihrer vierköpfigen Familie in einer Dreizimmer-Wohnung im Harzer Kiez. Trotz der schwierigen Umstände hat sie die Zeit gefunden, neu-köllnisch von den Folgen der Corona-Maßnahmen für ihre Kinder zu berichten.**

Schon in den Wochen bevor die Kitas geschlossen wurden, waren meine Kinder kaum dort. Wegen der zahlreichen saisonalen Erkältungsviren und Krankheitserreger, die einen das ganze Kitajahr über begleiten, sahen wir unsere Kinderärztin in dieser Zeit häufig. Mitte März rief mich das Gesundheitsamt dreimal an, um abzuklären, ob wir zeitgleich mit bestätigten Fällen von Kindern mit Coronavirus in der Praxis waren. Einmal gab es tatsächlich eine kurze zeitliche Überschneidung. Daher blieben wir, wie vorgeschrieben, bis zwei Wochen nach dem Kontakt zuhause. Symptome oder Beschwerden bekamen wir zum Glück keine.

Ich war also frühzeitig sensibilisiert und halte mich an die Empfehlungen des Berliner Senats zur räumlichen Distanzierung von anderen Menschen. Der physische Kontakt zur Nachbarstochter wurde eingestellt. Mein Sohn unterhält sich manchmal laut rufend mit ihr von Balkon zu Balkon. Unsere Wohnung ist klein. Drei Zimmer

für vier Personen. Der Vater arbeitet Vollzeit im Home-Office. Ich musste meine Arbeitszeit reduzieren.

Bewegung und Spielen an der frischen Luft bringen Entlastung für alle. Solange es möglich war, ging ich am frühen Vormittag mit den Kindern auf den nahegelegenen Spielplatz. Manchmal waren auch andere Eltern und Kinder da. Es ist nicht so schwierig, ausreichend Abstand zu halten. Mein Vierjähriger versteht das schon. Denn das Coronavirus kann nicht weit springen. Durch Abstandhalten und viel Händewaschen stecken sich Menschen nicht an. So wird verhindert, dass zu viele auf einmal ins Krankenhaus müssen. »Dummer Coronavirus« grummelt er, während er mit blauer Kreide mehrere Viren auf den Boden malt und diese mit Mauern aus Stöcken und Steinen in Schach hält.

Mein Anderthalbjähriger versteht nicht, warum er Abstand halten soll. Auf einem eingezäunten, überschaubaren Gebiet wie dem Spielplatz lässt sich das trotzdem gut organisieren. Hier werden keine Hunde Gassi geführt,

weder Fußgänger\*innen noch Jogger\*innen kreuzen unsere Wege. Begeistert buddelt er im Sand. Ich kann mich entspannen und mich meinem Großen widmen. Er vermisst es sehr, mit gleichaltrigen oder älteren Kindern zu spielen. Mit seinen Freund\*innen.

### Bewegung und Spielen an der frischen Luft bringen Entlastung für alle.

### Auch ein Vierjähriger versteht, warum wir Abstand halten

↑ **Spielen verboten.** Eltern büßen für ihre Kinder. Bild: Rabea Hoffmann

Zwei Wochen später, Ende März, sind alle Spielplätze in Berlin geschlossen. Auf dem Weg neben unserem Spielplatz sitzt mein Großer niedergeschlagen auf einem Baumstumpf. Er hat ihn kunstvoll mit Tannenzapfen und ja, auch mit diversen Gegenständen »geschmückt« hat, die ich normalerweise als Abfall bezeichnen würde. Sein Vater hat den kleinen Bruder gerade in die Wohnung hochgetragen. Wir sind alleine. Das passiert selten in letzter Zeit. Er fängt an zu weinen. »Mama, ich bin traurig.« Ich frage ihn, warum. »Ich bin einfach trau-

rig... Ich bin alleine.« Nach einer Weile frage ich ihn: »Wenn du dir etwas wünschen könntest, was wäre das?« Ohne zu zögern sagt er: »Dass Morgen das dumme Coronavirus tot ist. Dann kann ich wieder mit anderen Kindern spielen. Wieder auf den Spielplatz gehen.«

Jedes Mal, wenn ich das mit Absperrband verschlossene Tor des Spielplatzes sehe, frage ich mich, ob das wirklich notwendig ist. Warum wird uns Eltern nicht zugetraut, dass wir selbst einschätzen können, wann wir einen Spielplatz besuchen können und wann dort schon zu viele Eltern mit Kindern herumwuseln? In Parks und auf der Straße läuft es doch genauso. Nur lassen sich freies Spiel und Bewegung für Kinder häufig einfacher auf einem Spielplatz organisieren. Frei von Hundekacke, Autos, Glasscherben und Müll. <

**Rabea Hoffmann** ist aktiv in der BO Hermannstraße der LINKEN.



# »Die Corona-App birgt gravierende Datenschutzprobleme«

**Das Politmanagement der Pandemie setzt auf rapide Digitalisierung und Kontaktverfolgung via Smartphone. Doch was sind die Risiken der Corona-App?**



**Rainer Mühlhoff** ist Philosoph und Informatiker. An der TU Berlin forscht er zu ethischen Fragen der Künstlichen Intelligenz, zu gesellschaftlichen Auswirkungen der Digitalisierung und zu Datenschutz.

**Die Bundesregierung möchte eine Corona-App einführen. Mit Verweis auf die von öffentlichen und privaten Akteuren entwickelte »Pan-European Privacy Preserving Proximity Tracing-Initiative« (PEPP-PT) spricht sie von einem »anonymen und die Privatsphäre schützenden digitalen Ansatz zur Kontaktverfolgung«. Hast du in Bezug auf die Corona-App Datenschutzbedenken?**

Corona-Tracking-Apps bergen große Gefahren. Zwar ist der technische Ansatz der europäischen App-Projekte wie PEPP-PT im internationalen Vergleich relativ datenschutzfreundlich, da sie nicht via GPS Positionsdaten erheben, sondern mittels Bluetooth Kontakttereignisse registrieren. Aufgezeichnet wird also nicht, wo jemand gewesen ist, sondern wen jemand getroffen hat. Dennoch haben auch die europäischen Projekte gravierende Datenschutzprobleme:

Erstens: Die Installation der App soll zwar freiwillig sein. Es ist aber realistisch, dass viele Menschen tatsächlich dazu gezwungen werden, sie zu nutzen. Zum Beispiel könnte die Aufhebung der Ausgangsbeschränkungen individuell daran gebunden werden, ob man Präventivmaßnahmen ergreift. Die App würde dann zum Passierschein, ohne den man sich nicht frei bewegen kann. Vielleicht muss man sie dann vorzeigen, um öffentliche oder private Gebäude,

Einkaufszentren, Schulen, Universitäten oder Arbeitsstätten zu betreten.

Zweitens ist es bei dem von der Bundesregierung zur Zeit geplanten System so, dass staatliche Behörden die Kontakthistorien aller App-Benutzer\*innen nachvollziehen können. Sobald diese Daten aber einmal in staatlicher Hand sind, könnte der Druck wachsen, sie auch für andere Zwecke zu verwenden – beispielsweise in der Strafverfolgung oder für eine automatisierte Überprüfung, ob sich jemand an Kontaktbeschränkungen oder Quarantäneauflagen hält. Deshalb ist es dringend geboten, die Nicht-Verwendbarkeit der erhobenen Daten für andere Zwecke als die Benachrichtigung von möglicherweise infizierten Nutzer\*innen schon auf technischer Ebene zu verhindern – und das heißt, die Daten nicht zentral zu speichern. Ein Missbrauch der Daten wäre sonst kaum zu verhindern.

## Kommerzielle Anbieter könnten eine Menge Tracking-Daten sammeln

Drittens würden kommerzielle Akteure, darunter Plattformbetreiber wie Google oder Apple und etablierte Bluetooth-Trackinginfrastrukturen von der App profitieren. Bluetooth-Tracking wird seit Jahren zum Beispiel im Einzelhandel oder an Flughäfen eingesetzt, um die Bewegung von Menschen durch ein Gebäude zu verfolgen. Durch die Corona-App werden die Nutzer\*innen dazu gezwungen, die ganze Zeit Bluetooth angeschaltet zu lassen. Das führt dazu, dass kommerzielle Akteure eine Menge zusätzlicher Tracking-Daten über unsere Bewegungen sammeln können, die sich für die Erstellung von Verhaltensprofilen und die Deanonymisierung von Benutzer\*innen eignen.

**Es gibt zwei mögliche Ansätze für die Corona-App – eine dezentrale und eine zen-**



**↑ Wird das Handy bald zur Eintrittskarte? Und welche iOS-Version braucht die Corona-App?**

Bild: Robert Horn

**trale Architektur. Die PEPP-PT-Initiative und auch Gesundheitsminister Spahn haben sich jüngst für die zentrale Variante entschieden. Wie schätzt du das datenschutzrechtlich ein?\***

Diese Entscheidung ist gravierend, denn das zentrale System kommt einer staatlichen Überwachungseinrichtung gleich. Die Corona-Apps funktionieren nämlich so, dass das Handy per Bluetooth ständig eine Kennung (ID) aussendet und die Kennungen anderer Handys in der Nähe empfängt und speichert. Die gesammelten IDs bilden dann ab, wen man in den letzten Tagen alles getroffen hat – eine hochsensible Information. Bei der dezentralen Architektur bleiben diese Informationen auf dem einzelnen Handy. Anders ist es bei der zentralen Variante: Hier schickt die App die gesammelten IDs an einen zentralen staatlichen Server. Das heißt, dass der Staat die Kontakthistorie aller Nutzer\*innen kennt, ob infiziert oder nicht. Das ist eine unverhältnismäßige Maßnahme, die zu extremen Grundrechtseingriffen führt. Außerdem eröffnet eine solche Datensammlung zahlreiche Sekundärnutzungsmöglichkeiten. Warum heißt die zentrale Variante überhaupt »Privacy Preserving Proximity Tracing«? Weil »Privatheit« hier missverstanden wird als Anonymität gegenüber anderen Nutzer\*innen und Außenstehenden – nicht jedoch gegenüber den Betreiber\*innen bzw. dem Staat. Dieser wird als Datenschutzrisiko komplett vernachlässigt. ◀

Das Interview führte **Jorinde Schulz**



# Wettbewerb oder Verantwortung

**In der Corona-Krise zeigt sich die volle Unfähigkeit des Kapitalismus, die drängenden Probleme der Menschheit zu lösen. Vielmehr verhindert die Marktwirtschaft, dass Güter und Dienstleistungen dorthin gelangen, wo sie gebraucht werden.**

Nach monatelanger Tatenlosigkeit folgte Mitte März plötzlich ein Überbietungswettbewerb der Landesregierungen mit immer rigideren Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen. NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) erklärte in einer Pressekonferenz, man gehe jetzt »mit null Toleranz« vor. Es gelte: »Wir müssen die Unvernünftigen bestrafen, hart und klar.« Auf die Frage, wie es sich mit Werkhallen und Produktionsstätten verhalte, zeigte sich Laschet jedoch sehr tolerant: »Das gilt nicht für das Arbeitsleben. Da wo noch produziert wird, ist der Appell an die Unternehmen, Abstände soweit wie möglich einzuhalten und Schutzmaßnahmen im Unternehmen zu treffen.« Die Bürger\*innen werden drakonisch be-

straft, ihr Privatleben wird streng reguliert. Aber an Unternehmen wird bloß appelliert. In vielen Fabriken und Firmen läuft die Arbeit weiter, als wäre nichts gewesen. Konsequentes Abstandhalten ist in engen Werkstätten oder Büros aber kaum möglich. Wo Hunderte Beschäftigte zusammenarbeiten, liefern Handschuhe und Mund-Nasenschutz, sofern sie nicht ständig erneuert werden, kaum wirklichen Schutz. Türklinken, Lichtschalter, Werkzeug, Telefone oder Toilettenspülungen müssten nach jeder Benutzung desinfiziert werden, was kaum möglich ist. In der Corona-Krise werden viele Arbeitsplätze zu Infektions-Hotspots. Um zu ihren Arbeitsstätten zu gelangen, müssen viele Beschäftigte obendrein in vollen Bussen und Bahnen fahren.

Ob ihre Tätigkeiten zurzeit notwendig sind, ob das Infektionsrisiko ver-

tretbar ist, entscheidet alleine der Arbeitgeber. Die Antwort ist selten im Sinne der Beschäftigten. Solange die Konkurrenz weitemacht, muss der eigene Betrieb auch weitemachen. Sonst verliert man Kunden und die Fixkosten wie Miete oder Wartung fres-

sen die Rücklagen auf. Appelle der Politik verhalten hier klanglos.

Marktwirtschaft verhindert schon im Normalbetrieb nachhaltiges und verantwortungsbewusstes Wirtschaften. Unternehmer\*innen und Manager\*innen tragen Verantwortung immer nur für ihr eigenes Unternehmen.

Weil sie in einem knallharten Wettbewerb stecken, müssen Kosten für Arbeits- oder Umweltschutz möglichst niedrig gehalten werden. Alles andere wäre ein Wettbewerbsnachteil. Gerade in einem Exportland wie Deutschland konkurrieren viele Betriebe mit Firmen in anderen Ländern. Die Drosselung oder der Stopp der Produktion für einen längeren Zeitraum kann Unternehmen dauerhaft schädigen oder sogar in den Ruin treiben. Die Sorge um den Wirtschaftsstandort setzt die Politik unter Druck – schließlich stehen Arbeitsplätze und Steuereinnahmen auf dem Spiel. Das erklärt auch, warum viele Regierungen so lange zögerten mit wirksamen Maßnahmen gegen die Pandemie.

Gleichzeitig zeigen sich die Märkte nicht in der Lage, die Güter so zu verteilen, dass sie dort landen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Medizinisches Material verzeichnet in den letzten Wochen wahnwitzige Preisanstiege – Schutzmasken etwa um

**Unternehmer\*innen und Manager\*innen tragen immer nur für ihr eigenes Unternehmen Verantwortung.**

**Umwelt- und Arbeitsschutz sind Wettbewerbsnachteile**





↑ Wollen wir diese Arbeitsplätze retten oder die Menschen, die dort arbeiten? Bild: Russ Allison Loar/flickr.com

3.000 Prozent. Das führt auch zu einem Aufblühen der Spekulation und des Schwarzmarkts. Der Bundeswehr sind im März sechs Millionen Atemmasken »verloren gegangen«.

Wer über Geschäftssinn und die nötige Rücksichtslosigkeit verfügt, kann in der Krise viel Geld verdienen. Aber auch die reichsten Deutschen, die Eigentümer von Aldi und Lidl, können sich in diesen Zeiten ganz ohne eigenes Zutun über gigantische Mehreinnahmen freuen. Ihre Mitarbeiter\*innen haben davon außer zusätzlichem Stress natürlich nichts. Im Gegenteil, bereits vereinbarte Lohnerhöhungen im Einzelhandel sollen wegen der Krise aufs Jahresende verschoben werden.

Große Ketten wie Mediamarkt-Saturn, H&M, Deichmann oder Karstadt-Kaufhof haben angekündigt, ihre Mietzahlungen auszusetzen. Diesen Schritt erlaubt ihnen die Bundesregierung, aber auch ihre Macht. Die Neukölln-Arcaden finden bestimmt nicht so schnell einen zahlungskräftigen Nachmieter für die Räume von Mediamarkt, auch wenn sie die Gewerbemiete kündigen könnten. Kleine Geschäfte, Kneipen oder Cafés wollen es sich dagegen auf keinen Fall mit ihrem Vermieter verscherzen – viel zu groß ist die Angst vor

dem Rauswurf. Auf den Märkten gilt keine Gleichberechtigung, sondern das Recht des Stärkeren.

Das Versagen der Märkte umfasst auch den Arbeitsmarkt. Die Berufsgruppen, die für den Erhalt der Gesellschaft notwendig sind, treten plötzlich aus dem Schatten ins öffentliche Bewusstsein und es wird offensichtlich, wie wenig diese unentbehrlichen Tätigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft wert sind und wie dünn die Personaldecken in diesen Bereichen sind. Statt diese »Systemrelevanten« entsprechend ihrer Bedeutung zu bezahlen, werden sie moralisch unter Druck gesetzt, sich der Infektionsgefahr auszusetzen und sogar noch Überstunden zu machen. Wenigstens bekommen sie dann nicht mit, dass gleichzeitig ernsthaft darüber diskutiert wird, wie der Bundesligabetrieb wieder aufgenommen werden kann, ohne die teuren Profispieler zu gefährden.

Millionen Menschen sind jetzt getrieben von existenziellen Sorgen. Neben der Angst um die eigene Gesundheit und die von Familie und Freunden drohen Massenarbeitslosigkeit

und ein Sterben von Läden und Unternehmen. Die kapitalistische Wirtschaft steht vor dem Zusammenbruch. Nur durch immense Anstrengungen der Staaten kann sie mit Billionen von Steuergeldern gerettet werden.

Wir müssen in der kommenden Zeit entscheiden, ob wir ein System am Leben halten wollen, in dem Anarchie auf den Märkten herrscht und Diktatur in den Betrieben. Ein System, in dem nur Profite entscheiden, woran und wie wir arbeiten. Oder ob wir eine andere Gesellschaft aufbauen wollen, in der wir alle Verantwortung übernehmen. Wenn wir die Wirtschaft demokratisieren, können wir sie in unseren Dienst stellen, statt uns weiterhin von ihr beherrschen zu lassen. Statt Profiten würden dann endlich unsere Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen. Dazu gehört selbstverständlich auch der Umweltschutz. Denn es macht uns Menschen doch gerade aus, dass wir für morgen und übermorgen planen können. Die Bewegung hin zu einer solchen verantwortlichen und humanistischen Gesellschaft nennen wir Sozialismus. ◀

Georg Frankl

## Kapitalismus bedeutet Anarchie auf den Märkten und Diktatur in den Betrieben

ATTENTION:  
Due to COVID-19,  
our store is closed  
to the public.  
HOWEVER  
Phone orders with  
curbside pickups  
available  
(709) 726-9663

## Nicht auf unserem Rücken!

↑ **Jobcentercall nach Callcenterjob.**  
Millionen stehen vor Arbeitslosigkeit  
und Absturz. Bild: Victor He, unsplash.com

**Die Wirtschaftskrise, die mit der Pandemie einhergeht, ist verheerend. Sie wirkt sich auf Beschäftigte je nach Bereich unterschiedlich aus. DIE LINKE will verhindern, dass erneut die unteren Schichten die Hauptlast tragen.**

In den Medien wird viel über die Arbeit im Homeoffice gesprochen. Allerdings ist diese Alternative nur für eine Minderheit von meist besser bezahlten Angestellten möglich. Wer für Unternehmen arbeitet, die heruntergefahren oder geschlossen wurden, muss Lohnverluste durch Kurzarbeitergeld oder Stundenreduzierung hinnehmen. Viele Arbeitsplätze wurden abgebaut. Besonders betroffen sind Branchen wie Gastronomie oder Reinigung.

Befristet Beschäftigte bangen um die Verlängerung ihrer Verträge und wissen nicht, wie es weitergehen soll. Hart ist es auch für die vielen Minijobber\*innen, die kein Kurzarbeitergeld in Anspruch nehmen können.

Millionen drohen jetzt in Arbeitslosigkeit und damit (noch tiefer) in die Armut zu rutschen.

Denn die Hartz-IV-Regelsätze reichen nicht zum Leben, besonders für Familien. Die Mehrheit der Bevölkerung verfügt auch nicht über nennenswerte Ersparnisse, auf die

man in Krisenzeiten zurückgreifen könnte. Die »untere Hälfte« der Bevölkerung teilt sich gerade einmal 0,5 Prozent des Gesamtvermögens in Deutschland, während sich der Reichtum in den Händen weniger Superreicher konzentriert.

Während die Einen von Existenzängsten geplagt werden, müssen ihre Kolleg\*innen in sogenannten »systemrelevanten Jobs«, also im Gesundheits- und Pflegebereich, in Supermärkten und Drogerien oder in der Paketzustellung und Logistik, mit Stress und Mehrarbeit kämpfen. Hier wird Personal händeringend gesucht. Zwar bekommen sie jetzt überall zu

hören, dass sie unverzichtbar seien und die gesamte Gesellschaft von ihnen abhinge. Doch gerade diese Jobs sind in der Regel schlecht bezahlt und beinhalten ein hohes Infektionsrisiko.

DIE LINKE kämpft in der Krise dafür, dass niemand unter die Räder kommt. Wir fordern eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf 90 Prozent rückwirkend ab März und eine Krisenzulage von monatlich 500 Euro für Beschäftigte in systemrelevanten Berufen. Außerdem braucht es eine garantierte Lohnfortzahlung für Eltern,

die wegen Kita- und Schulschließung zuhause bleiben müssen. Zudem müssen Hartz IV-Regelsatz und Grundsicherung ebenfalls ab

März um mindestens 200 Euro im Monat angehoben werden, damit niemand in Armut abrutscht. Kürzungen und Sanktionen müssen verboten werden.

Außerdem fordert DIE LINKE, die Milliarden-Hilfsgelder für Unternehmen an Bedingungen wie Tarifverträge und Kündigungsverbote zu knüpfen. Allen Firmen, die Dividenden an ihre Aktionär\*innen

auszahlen, die eigene Aktien zurückkaufen oder ihren Hauptsitz in Steueroasen haben, müssen Wirtschaftshilfen verwehrt bleiben. Wie in der letzten Wirtschaftskrise droht, dass Unternehmen und ihre Profite gerettet werden, aber nicht die Menschen. Es geht jetzt darum, zu verhindern, dass die Beschäftigten die Zeche zahlen, während die Reichen immer reicher werden! Im Bündnis mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen wird DIE LINKE gegen eine Bewältigung der Krise auf dem Rücken der Beschäftigten und Erwerbslosen und ihrer Familien kämpfen. Die Reichen müssen für die Kosten von Corona bezahlen, weil sie es einfach verkraften können.

**Freek Blauwhof** ist aktiv in der BO Rixdorf der LINKEN.

**Die Wenigsten verfügen über Ersparnisse, auf das sie in der Krise zurückgreifen könnten**



# Das Tempelhofer Feld ist unverzichtbar

In der aktuellen Corona-Pandemie zeigt sich was für die Menschen wichtig ist. Freiflächen sind derzeit unentbehrlich. Wo alle Kneipen, Sportplätze, Kinos, Bibliotheken etc. geschlossen sind, ist das Tempelhofer Feld einer der wenigen offenen Orte.

In den umliegenden Wohnquartieren leben viele Menschen in dichter Gründerzeitbebauung mit kaum Grün. Für Nordneukölln, Kreuzberg 61 und Nordtempelhof ist das Feld deshalb als Frei- und Erholungsfläche unbedingt notwendig.

Viele kommen hierher um Zeit draußen zu verbringen, die Sonne zu genießen oder zu joggen. Die Spielregeln des »social distancing« werden zumeist akzeptiert und müssen

leider auch weiterhin eingehalten werden. Gerade jetzt wäre es ohne das große Tempelhofer Feld insbesondere für viele Neuköllner\*innen und ihre Familien noch schwerer sich gesund zu erhalten.

Tatsächlich zeigen auch Forderungen der Polizeigewerkschaft GDP nach einer »Schließung wegen Überfüllung« von Tempelhofer Feld und anderen Parks wie wichtig diese Freifläche sind und wie stark sie angenommen werden. Der große Andrang auf dem Feld macht auch deutlich, dass eine Verkleinerung der Fläche durch eine

**Ein Feld für alle: Der große Andrang macht deutlich, dass eine Verkleinerung der Fläche durch eine Randbebauung absolut unangebracht wäre.**

↑ Gerade jetzt wäre es ohne das große Feld für viele Neuköllner\*innen und ihre Familien noch schwerer sich gesund zu erhalten.

Randbebauung absolut unangebracht wäre. Sie würde den Mangel an Erholungsflächen noch verschärfen und dem erfolgreichen Volksentscheid und dem THF-Gesetz widersprechen. Jetzt geht es darum das Ansinnen der FDP nach einer Randbebauung abzuwehren – damit das THF weiter für uns da ist! ◀

Fraktion DIE LINKE in der BVV Neukölln

Weitere Informationen:  
[www.thf100.de](http://www.thf100.de)



# Benko auf Insolvenzkurs

Die Kaufhauskette Galeria Karstadt-Kaufhof steht in einer Vorstufe zur Insolvenz. Zur Rettung hat der Milliardär René Benko eine staatliche Garantie für Kredite im hohen dreistelligen Millionenbereich beantragt. Das Unternehmen befindet sich jetzt in einem Schutzschirmverfahren.

In der Krise rächt sich die Aufteilung der Karstadt-Immobilien von 2015 und Verkäufe von Kaufhof-Immobilien vom Jahresbeginn. Die Kette ist jetzt meist Mieter in den Häusern und verweigert aktuell die Mietzahlungen. Seit März ist für die 30.000 Beschäftigten des Konzerns ist



↑ René Benko will Geld vom Staat

Bild: SIGNA\_GeorgSchoenwiese

Kurzarbeit eingeführt. Das bedeutet Lohn-einbußen. Große Unsicherheit herrscht bezüglich des Fortbestandes der Kaufhäuser nach Corona. Unter diesen Bedingungen erscheinen geplante Großinvestitionen in Großstädten wie Hamburg und Berlin – darunter allein 500 Millionen Euro für das Karstadt-Kaufhaus am Hermannplatz – obsolet. Hierzu Marlis Fuhrmann, stadt- und wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE: »Wer um eine Staatsgarantie für den – nicht – laufenden Betrieb bittet,


kann in Berlin keine Hochhäuser bauen. Die Milliardenbeträge, die Benko ursprünglich in überdimensionierte Neubauprojekte an Kuddamm und Hermannplatz investieren wollte, müssen in die Rettung des Kaufhausbetriebes und in Mitarbeitergehälter gesteckt werden. Staatsbürgschaften nur gegen Firmenanteile als Sicherheit.« ◀

Fraktion DIE LINKE in der BVV Neukölln

## BVV Arbeit in der Krise

Die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hält auch unter Bedingungen von Corona den Betrieb aufrecht. So finden Ausschusssitzungen seit einiger Zeit per Videokonferenz statt. Außerdem kommt die BVV am 5. Mai in reduzierter Besetzung zur Sondersitzung zusammen. Auch die Fraktion DIE LINKE tagt aktuell digital. Erreichbar sind die Verordneten wie gewohnt unter [linksfraktion@bezirksamt-neukoelln.de](mailto:linksfraktion@bezirksamt-neukoelln.de)

**BERLINER ZUM KAMPF**  
**Rettet was uns noch verblieben ist!**  
**Rettet Berlin! Tod den Hitlerbanditen!**  
**Unser das Leben, Unser die Zukunft!**



Linke Geschichte

## Vor 75 Jahren: SS-Einheiten sprengen Karstadt am Hermannplatz

↑ Streuzettel der KPD Anfang April 1945, Berlin.

**Als die Rote Armee 1945 Neukölln erreichte, verhinderten Kommunist\*innen Kämpfe und retteten so Menschenleben. Die SS derweil säte bis zum Schluss Zerstörung.**

Am 24. April 1945 erreichte die acht Tage zuvor begonnene Offensive der Roten Armee auf Berlin den Neuköllner Norden. In der Nacht hatten sowjetische Truppenteile der 1. Belorussischen Front die Spree auf der Höhe Baumschulenweg/Plänterwald mit Unterstützung von Marineeinheiten der Dnjeprflottille überquert, um auch auf dieser Seite des Flusses ins Berliner Zentrum vorzustoßen.

Am Hertzbergplatz/Braunauer Straße (heute Sonnenallee) war eine vom Nazi-Kampfkommendanten mobilisierte Einheit des »Volkssturms« postiert worden, um die Rote Armee aufzuhalten. Es kam anders. Neuköllner Antifaschisten lösten diese Einheit am 24. April auf und schickten die Männer nach Hause, bevor es zu Kämpfen kam. So wurden Menschenleben gerettet. Überzeugende Argumente waren, die auch von intakt gebliebenen Zellen der KPD und Widerstandsgruppen auf Streu-

zetteln und Flugblättern verbreitet wurden: **Rettet was uns noch verblieben ist. Verhindert die Sprengung von Brücken und Gebäuden. Verhindert eine wochenlange Einschließung Berlins, verhindert damit Not, Elend, Hunger und Tod eurer Angehörigen.** Darüber berichtete der in den letzten Kriegstagen zum »Volkssturm« einberufene Neuköllner Antifaschist Werner Zeiger, der vor 1933 aktiv im Arbeitersport war, in der Wassersportsektion des »Roten N«, und während der Nazi-Zeit Kontakt zu den Sportkameraden gehalten hatte.

Die Aktion der Antifaschisten war nicht ungefährlich. SS-Einheiten waren im Rücken der »Volkssturm«-Leute stationiert, die brutal gegen alle vorgingen, die am »Endsieg« auch nur zweifelten. Das waren hier Einheiten der skandinavischen 11. SS-Freiwilligen-Panzergranadier-Division »Nordland«, die am Flughafen Tempelhof und in der Hasenheide eingesetzt waren, sowie die Reste

der französischen 33. SS-Division »Charlemagne« aus Freiwilligen, die von der Regierung Petain 1941 nach Russlandgeschickt

und 1944 in die SS eingegliedert wurden. Ihr Schwerpunkt dort war die sogenannte Partisanenbekämpfung. Die dabei begangenen Kriegsverbrechen umfassten zahlreiche Massaker in und um die Ortschaften Briansk, Gomel, Mohilev, Orscha und Minsk. Die SS-Leute wussten also, was ihnen nach dem Sieg der Alliierten bevorstand. Um so verbissener

und brutaler setzten sie den Kampf fort. Über ihre Stimmungslage wird berichtet: Viele hofften auf die »Wunderwaffe««. Andere konnten nicht glauben, dass die Amerikaner an der Elbe stehen bleiben würden und den Russen Berlin überlassen würden. Und so redete sich jeder einen etwas anderen Sinn ein, den dieser Kampf noch haben könnte. Das Rathaus Neukölln bildete den Gefechtsstand der SS-Einheiten. Rückwärtige Sammelstelle war der Hermannplatz. Am 25. April sprengte die SS das Kaufhaus Karstadt. Verbrannte Erde. Hier lagerten bis kurz vor Kriegsende Waren und Lebensmittel im Schätzwert von 29 Millionen Mark. Unter den Angriffen der Roten Armee mussten sich die SS-Einheiten zum Anhalter Bahnhof und weiter in die Innenstadt zurückziehen. Am 2. Mai mussten auch sie kapitulieren. ◀

**Im Kaufhaus Karstadt lagerten bis kurz vor Kriegsende Waren und Lebensmittel im Schätzwert von 29 Millionen Mark.**

**Neuköllner Antifaschisten lösten die Volkssturm-Einheit am 24. April auf und schickten die Männer nach Hause, bevor es zu Kämpfen kam**

Klaus-Dieter Heiser



## Wer ist eigentlich KCW?

**Seit Jahren lässt sich der Berliner Senat in Sachen öffentlicher Nahverkehr durch die Consulting-firma KCW beraten. Das kostet Millionen – und pusht die Wettbewerbsagenda. Auch bei der drohenden S-Bahn-Zerschlagung mischt KCW mit.**

**K**ompetenz Center Wettbewerb – aus dieser Unterabteilung des Hamburger Verkehrsverbunds ging im Jahr 2003 die private Beratungsagentur KCW hervor. Der Name ist Programm – so verfolgt dieses Unternehmen vor allen Dingen das Ziel »Wettbewerb auf der Schiene«, ganz im Sinne der neoliberalen EU-Richtlinie, die seit 200× Europas Eisenbahnsystem auf Konkurrenz und Profit trimmen soll.

Mit ihrer wettbewerbsorientierten Ausrichtung prägt KCW die Entscheidungen der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klima. Denn die Verwaltung beschäftigt die Beraterbutze bereits seit Längerem für üppige Beträge bei wichtigen Weichenstellungen im Berliner Nahverkehr. So begleitete KCW das S-Bahnausschreibungsverfahren von 2015 oder greift durch ihre Teilnahme am »Center Nahverkehr Berlin«, das für die Qualitätskontrolle der BVG bei der Erfüllung der öffentlichen Verträge zuständig ist, öffentliche Mittel ab. Maßgeblich beteiligt ist KCW auch am aktuellen S-Bahn-Ausschreibungsverfahren des Senats, bei dem die Zerschlagung und Privatisierung der S-Bahn droht. Die Verkehrssenatorin Regine Günther (Grüne) setzt hier auf Aufsplittung des Betriebs und private Betreiber. KCW drängt zur Vergabe der S-Bahn an Dritte und erfindet ständig Erschwernisse für die bisherige Betreiberin S-Bahn GmbH.

### Das Ziel ist die Privatisierung von Verkehr und Infrastruktur, um Profite zu generieren


KCW hat bundesweit ein Quasi-Monopol auf Beratungsleistungen im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs. In Baden-Württemberg haben sie bereits die Privatisierung des Nahverkehrs begleitet, der nun von mehreren Privatunternehmen betrieben wird, wie zum Beispiel dem britischen »National Express«. Da die Betreiber zu knapp mit Personal kalkulierten bzw. wegen der vergleichsweise schlechten Bezahlung keines bekommen und auch die Fahrzeuge nicht rechtzeitig geliefert wurden, erleben die Fahrgäste massenhafte Zugausfälle. Formal ist KCW zwar ein un-

abhängiges Unternehmen, steht aber politischen Interessenverbänden für die private Eisenbahnwirtschaft nahe. Für die Lobbyorganisation mofair, die sich für die »Vervollkommnung der Marköffnung auf Straße und Schiene« einsetzt, verfassten die Berater\*innen beispielsweise den sogenannten »Wettbewerber Report«. Immer wieder drängt KCW auf Wettbewerb, auf die Zerstückelung öffentlicher Netze und die Aufteilung auf mehrere private Betreiber. Daran hat die Firma durchaus Eigeninteresse: denn auch für die juristische Beratung bei den komplexen Verträgen, die solche Verfahren mit sich ziehen, sowie für die Kontrolle der Vertragserfüllung lässt sich KCW gerne bezahlen.

Durch die vielen Aufträge an KCW bezahlt die öffentliche Hand also eine eigen-

↑ In Gefahr, zerschlagen zu werden: die Berliner S-Bahn.

Bild: allispossible.org.uk

interessierte, lobbynahe Organisation hohe Beträge dafür, Verwaltungsaufgaben und politische Entscheidungen massiv zu beeinflussen. Höchste Zeit, dass die Umwelt- und Verkehrsverwaltung die Lobbyberater feuert und selbst ausreichend fachlich kompetentes Personal einstellt.  **Jorinde Schulz**

## Zerschlagung und Privatisierung der S-Bahn stoppen!

Eine einheitliche, integrierte S-Bahn, die Betrieb und Wartung unter einem Dach vereinigt. Dafür kämpft das Berliner Bündnis »Eine S-Bahn für alle« und fordert, die Ausschreibung der Berliner S-Bahn in der jetzigen Form zurückzunehmen. Denn sonst droht die Privatisierung und Zerschlagung auf Kosten von Beschäftigten, Fahrgästen und Klima. Denn Wettbewerb und Profitorientierung sind die schlechteste Lösung für den öffentlichen Nahverkehr. Mehr Infos und Forderungen unter [eine-s-bahn-fuer-alle.de](http://eine-s-bahn-fuer-alle.de).

Antifaschismus

# Normalisierung rechter Narrative

Dorfgemeinschaft  
Jamel  
frei-sozial-national

↑ Im Alltag angekommen. Rassismus und rechtes Gedankengut sind Teil der Normalität geworden. Bild: quapan/flickr.com

**In dem mörderischen Terroranschlag von Hanau hat sich eine Menschenfeindlichkeit entladen, die seit Jahren im öffentlichen Diskurs gewachsen ist. Rassistisches Gedankengut wird zunehmend als legitimer Standpunkt akzeptiert und auf diese Weise normal. Diese Entwicklung müssen wir umkehren.**

Vor ein paar Wochen, wenige Tage nach dem rechtsextremen Terroranschlag in Hanau, fuhr ich mit einem Freund in der Tram. Wir unterhielten uns über irgendetwas Banales. Dabei unterbrach uns ein älterer Herr. Er kam zu uns, näherte sich mir bis auf eine Handbreite und begann aus dem Nichts, uns zu erklären, dass die Medien aus einer wissenschaftlichen Tatsache den Ursprung alles Schlechten auf dieser Welt zu machen versuchen und uns damit allesamt in die Political-Correctness-Diktatur stürzen wollten.

Wir wussten noch nicht genau, was er von uns wollte. Dann sprach er von den zig Zeitungsüberschriften über tödenden Rassismus, die ihn an diesem Tag an den Straßenecken geradezu anschrien. Er fragte, ob er jetzt ein schlechter Mensch sei, weil er Rassist ist. Ich hatte bis dahin noch nicht auf seine Einlage reagiert, konnte mir aber nun nicht verkneifen zu entgegnen: »Ja, das sind Sie dann wohl.« Nach dem Aussteigen

rief er mir noch hinterher, dass wir irgendwann aufwachen würden und dass es dann aber zu spät sei. Nach dieser Begegnung war ich ziemlich aufgebracht. Noch vor fünf Jahren hätte der alte Mann sich wahrscheinlich nicht getraut, sich öffentlich als Rassist zu erkennen zu geben. Jetzt hört man solchen Unsinn fast alltäglich. So überzeugt, wie er sich gab, ist der Mann wohl schon vor längerer Zeit »aufgewacht«.

Das rechte Gedankengut hat sich nicht erst mit dem Auftauchen von Pegida vor sechs Jahren oder mit der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015 entwickelt. Schon vorher hat man in Mittagspausen, an Kneipentresen oder bei Familienfeiern von »kriminellen Ausländern« gehört, von »Schmarotzern« und von den blinden »Gutmenschen«, die mit ihrer Menschlichkeit die deutsche Kultur gefährdeten. Bloß ist es heute nicht mehr nur der unsympathische Kollege oder die unangenehme Tante, neben der man bei Geburtstagen so ungerne sitzt. Immer mehr Menschen scheinen sich ihnen zuzuwenden und ihre Beiträge für relevant zu halten. Was vor ein paar Jahren noch als dummes Gequatsche abgetan wurde, gilt heute als ernstes Anliegen.

Für die Normalisierung rechter Standpunkte im medialen Diskurs gibt es wirtschaftliche Gründe. Denn mit den vermeintlichen Enfants terribles von der AfD meint man, Zuschauerquoten erhöhen und neue Leser\*innengruppen erschließen zu können.

Sensationsjournalismus verkauft sich eben besser.

Gefördert wird die Normalisierung rechter Parolen durch ständige Wiederholungen von Debatten über Integration, Islam oder die »deutschen Leitkultur«, die Unionspolitiker\*innen, die FDP und vor allem die AfD zigtausendmal im Jahr versuchen, im öffentlichen Diskurs zu platzieren. Die werden dann aufgegriffen von Talkprogrammen und Kolumnen in Fernsehen, Radio und Zeitungen. Ironischerweise obwohl, oder eben gerade, weil sich alte Herren in den Trams über ihre Political Correctness echauffieren.

Durch die Repräsentation dieser Themen wird ein Narrativ geschaffen, dass Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund zu Fremden erklärt. Dieses Narrativ des Fremden hat sich soweit verfestigt, dass selbst nach dem Anschlag in Hanau statt von rassistischem Terror von Fremdenhass die Rede ist, wenn es sich bei den Opfern jedoch um Mitglieder unserer Gesellschaft und keine Fremden handelt.

Statt sich aus einem falschem Demokratieverständnis diesen Narrativen anzunähern und sie mit Rechten zu diskutieren, sollte man sie bekämpfen: Rassismus ist tödliches Gift. In Hanau wurden durch ihn elf Menschen ermordet. Wir müssen uns ihm überall entgegenstellen und ihn aufhalten – nicht nur argumentativ, sondern durch gezieltes Ausschließen solcher Narrative aus dem öffentlichen Diskurs. Wir sollten also wachbleiben, sodass es nicht wieder für jemanden zu spät ist. ◀

Carl Loschke



# Aktuelle Termine



## Sommerschule der Bewegungslinken

17.-20. September 2020

»Schieferpark« in Lehesten

Vom 17. bis 20. September 2020 lädt die Bewegungslinke zur Sommerschule in den »Schieferpark« in Lehesten (Südthüringen). Momentan sitzt man noch an der Planung des Programms. Mehr Infos: [sommerschule.solidar.li](http://sommerschule.solidar.li)



- › Nachrichten aus Neukölln
- › Video-Streams
- › Aktuelle Hinweise

Auf unserer Facebook-Seite:  
**DIE LINKE. Neukölln**

Schreib uns deine Fragen und Anregungen!

## Impressum

Neuköllnisch, Ausgabe Mai/Juni 2020

Neuköllnisch wird herausgegeben von

DIE LINKE Landesverband Berlin,

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin.

Auflage der Ausgabe: 2.000

V.i.S.d.P.: Jorinde Schulz

Redaktion: Andreas Faust, Georg Frankl,

Carl Loschke, Thomas Materano, Isabell Rudek, Jorinde Schulz

Titel: Isabell Rudek, Luis Jofre ([www.markluis.website](http://www.markluis.website))

Gestaltung: Andreas Faust, Georg Frankl, Robert Horn

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln, Wipperstr. 6,

12055 Berlin, Tel/Fax: (030) 613 59 19

[neukoellnisch@lists.posteo.de](mailto:neukoellnisch@lists.posteo.de)

Redaktionsschluss: 20.04.2020

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen.

Neuköllnisch ist auf Recyclingpapier gedruckt.

2/2020



## Bezirksvorstand

tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Nächste Sitzung: 14. Mai 2020 um 19 Uhr.

## Basisorganisationen

Das basisdemokratische Rückgrat des Bezirksverbands. Interessierte sind jederzeit willkommen!

**Gegenwärtig sind Versammlungen aus Gründen des Infektionsschutzes untersagt. Die Basisorganisationen führen ihre Treffen online durch mithilfe der Videokonferenz-Software Zoom. Bei Interesse bitte in der Geschäftsstelle melden (030/613 59 19 oder [info@die-linke-neukoelln.de](mailto:info@die-linke-neukoelln.de))**

- › **BO Hermannstraße**  
Treffen jeden 2., 4. und ggf. 5. Mittwoch im Monat von 19 bis 21 Uhr
- › **BO Reuterkiez**  
Treffen jeden 2. und 4. Montag im Monat von 18 bis 20 Uhr
- › **Kiezgruppe Rixdorf**  
Während des Corona-Lockdown Treffen jeden Dienstag im Monat um 19 Uhr
- › **BO Kranoldkiez**  
Treffen jeden 2. Donnerstag um 19 Uhr
- › **BO 44**  
Treffen alle zwei Wochen Mittwochs oder Donnerstags um 19 Uhr
- › **BO Süd**  
Treffen jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat um 18 Uhr

## Linksjugend [’solid] Kreuzkölln

Treffen jeden Mittwoch um 18 Uhr

## BBV-Fraktion DIE LINKE

[linksfraktion@bezirksamt-neukoelln.de](mailto:linksfraktion@bezirksamt-neukoelln.de)  
Die Termine der Fraktion finden **per zoom-Konferenz** statt, BBV-Sitzungen im Rathaus Neukölln.

- › **Mai:** 18. und 25.5. jeweils 17:30 Uhr: Fraktionssitzung  
27.5., 17 Uhr: BBV-Sitzung (BBV-Saal)
- › **Juni:** 15. und 22.6. jeweils 17:30 Uhr: Fraktionssitzung  
24.6., 17 Uhr: BBV-Sitzung (BBV-Saal)

## Kostenfreie Rechtsberatung

Mittwochs 14–16 Uhr.

Wegen der Corona-Krise unsicher – Modalitäten bitte vorher erfragen

› **Jobcenter und Sozialrecht:**

› **Mietrecht:**

**Terminvereinbarung:** 0176/97896139

[doris.hammer@die-linke-neukoelln.de](mailto:doris.hammer@die-linke-neukoelln.de)

## Weitere Termine:

- › [www.die-linke-neukoelln.de](http://www.die-linke-neukoelln.de)
- › Facebook: DIE LINKE. Neukölln

## Kontakt

DIE LINKE Neukölln, Wipperstraße 6,  
12055 Berlin, Telefon: 030/613 59 19,  
IBAN: DE16 1007 0848 0525 6078 01

Sprecher\*innen:

- › **Sarah Nagel**, 01 522/26 20 956,  
[sarah.nagel@die-linke-neukoelln.de](mailto:sarah.nagel@die-linke-neukoelln.de)
- › **Moritz Wittler**, 01 72/1 60 49 07,  
[moritz.wittler@die-linke-neukoelln.de](mailto:moritz.wittler@die-linke-neukoelln.de)



## Mach mit!

### Informieren, diskutieren, mit der LINKEN aktiv werden!

Wenn Du im Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte siehst, dann kämpfe mit uns für soziale Gerechtigkeit und den demokratischen Sozialismus.

- ☐ Ich möchte die neuköllnisch abonnieren.
- ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- ☐ Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name
Anschrift
E-Mail
Telefon

# Neukölln solidarisch. Auch während Corona

# Menschen vor Profite

Neukölln Corona krizinde de dayanışmaya devam ediyor. Mühim olan kar değil, insanlar!

**FOR A SOLIDARIC NEUKÖLLN – ALSO IN TIMES OF CORONA. PEOPLE BEFORE PROFITS!**

تضامن نويكلن حتى مع وضع كورونا الانسان قبل أرباح المال

## Liebe Neuköllnerinnen, liebe Neuköllner,

Seid solidarisch und helft mit, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen! Haltet Abstand – auch im Freien. Schränkt Eure direkten Kontakte ein und helft denen, die Hilfe benötigen. Wir müssen uns jetzt gegenseitig unterstützen und Grundlegendes verändern. Deshalb fordern wir:

### Gesundheitsversorgung ausbauen

- › Mindestens 500 Euro netto mehr für das Pflegepersonal
- › Corona-Testkapazitäten ausweiten
- › Privatisierte Krankenhäuser zurück in die öffentliche Hand
- › Firmen zur Herstellung von Schutzkleidung verpflichten

### Von der Ausgangsbeschränkung besonders Betroffenen jetzt helfen

- › Jugend- und Sozialämter, Beratungsstellen und Krisendienste aufrechterhalten
- › Zusätzliche Kapazitäten für Frauenhäuser
- › Internetzugang für alle gewährleisten
- › Die Parks offen lassen

### Wohnen ist ein Menschenrecht

- › Keine Wohnungskündigungen in der Krise
- › Hotels für Obdachlose, Geflüchtete und Menschen in zu engen Wohnungen beschlagnahmen

### Schutzschirm für die Menschen

- › Kündigungen verbieten und Kurzarbeitergeld auf 90 Prozent aufstocken
- › Hartz IV-Sanktionen abschaffen! Mindestsicherung von 1.050 Euro für alle

### Mehr Demokratie

- › Bürgerrechte und Parlamente nicht einschränken
- › Nein zu Bußgeldern und Demonstrationsverbot

### Solidarität statt Rassismus

- › Geflüchtete von den EU-Grenzen aufnehmen
- › Abschiebungen stoppen

## Du brauchst Unterstützung? Du willst dich über die Krise austauschen?

Melde Dich per Telefon oder Mail

030 / 613 59 19

[info@die-linke-neukoelln.de](mailto:info@die-linke-neukoelln.de)

Auf Facebook findest du unsere aktuellen  
Online-Veranstaltungen: DIE LINKE.Neukölln

**Wir machen weiter LINKE Politik.  
Mach mit!**

**DIE LINKE.**  
**NEUKÖLLN**